

19. I. 1919

Heeres-Zeitung.

Staatssekretär Dr. Julius Deutsch über die Aufgaben der Volkswehr.

Staatssekretär für Heerwesen Dr. Julius Deutsch erschien gestern im Reichsvollzugsausschuß der Soldatenräte der deutschösterreichischen Volkswehr. An der Sitzung nahm überdies Unterstaatssekretär Dr. Erwin Waiz und der Vertreter des Landesbefehlshabers Oberst v. Haas teil.

Staatssekretär Dr. Deutsch führte u. a. aus: Wir hoffen, daß eine Zeit kommen wird, und vielleicht ist sie gar nicht so ferne, in der die Völker in einem freien Völkerverbund vereinigt sind, der kriegerische Verwicklungen ausschließt. Solange aber Kapitalismus und Imperialismus die Welt tyrannisieren, werden Krieg und Kriegsgreuel nicht aufhören. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als vorerst auf den Ausbau unserer Wehrmacht Bedacht zu sein. Freilich, die Wehrmacht, die wir wollen, ist wesentlich verschieden vom alten Militarismus. Der Militarismus war ein Herrschaftsinstrument der herrschenden Klassen. Wir erstreben die freie, demokratische Wehr eines freien, demokratischen Volkes.

Nicht auf den Kadavergehorsam, sondern auf die freiwillige Unterordnung und Disziplin soll die Manneszucht gestellt werden. Wir wissen sehr genau, daß ohne Ordnung und Manneszucht keine Wehrmacht imstande sein kann, ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb wird unser Bestreben sein, die Disziplin zu heben und dadurch den inneren Gehalt unserer Wehrmacht zu stärken.

Die Form der Wehrmacht läßt sich im Augenblick noch nicht endgültig festlegen. Prinzipiell sind wir für die allgemeine Volksbewaffnung, die Miliz, können aber diese jetzt nicht erreichen, weil wir einerseits abhängig sind von den Bedingungen, die uns die Entente vorschreibt und weil wir andererseits keine definitive Entscheidung ohne das Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche treffen dürfen. Wir müssen uns also darauf einrichten, daß wir für die nächste Zeit bei der Volkswehr bleiben.

Seite darf ich es wohl aussprechen, daß sich in der schweren Uebergangszeit die Volkswehr bewährt hat, allen Körpergeleien zum Troste. Was hat man nicht alles an der Volkswehr zum Aussehen gehabt! Und doch haben wir es mit ihr vermocht, daß unser Volk, trotz der größten wirtschaftlichen Not, die Ordnung aufrecht hielt, während ringsum der entsetzlichste Bürgerkrieg die Lande zerriß. Dafür danke ich euch Volkswehrern und vor allem euch Soldatenräten, die ihr eure schwere Arbeit unverbrossen und selbstlos für die Republik geleistet habt. Der Erfolg spricht für uns, spricht für die Volkswehr. Jetzt geht man im Deutschen Reiche, ebenso in Ungarn, daran, eine ähnliche Wehrmacht, wie es unsere Volkswehr ist, aufzustellen. Man ahmt das viel gelästerte österreichische Vorbild nach, um in den genannten Ländern eine größere Stetigkeit und Ruhe herbeizuführen. Gewiß hat die Volkswehr ihre Mängel! Sie entspringen aus dem Wesen des Sölbnerheeres. Aber diese Mängel

zu beseitigen, werden wir uns alle bemühen, wenn wir uns unverrückbar unser Ziel vor Augen halten: Wir wollen verhindern, daß die Klassenkämpfe mit den Waffen in der Hand ausgetragen werden. Wir wollen verhindern, daß aus der Auseinandersetzung der Klassen, die notwendig ist, ein blutiger Bürgerkrieg werde. Das wird uns am ehesten gelingen, wenn die Volkswehr bleibt, was sie ist: Die kraftvolle Verteidigung der Republik, die beste Schutzwehr des Volkes, von der sie sich niemals trennt. (Beifall.)

Die Anmeldung deutschösterreichischer Offiziere und Unteroffiziere bei der tschecho-slowakischen Armee.

Die Abgeordneten Dr. Baber, Dr. Schürff und Gossowen haben in der letzten Sitzung der Nationalversammlung in dieser Angelegenheit eine Anfrage an die Gesamtregierung eingebracht.

In der Anfrage wird ausgeführt, daß es sich in dieser Frage keineswegs allein um die Versorgung der deutschböhmischen Offiziere handelt, sondern daß der Sache auch eine ungeheure politische Bedeutung zukommt. Wenn deutschösterreichische Behörden den deutschösterreichischen Offizieren den Rat geben, sich zur tschecho-slowakischen Armee zu melden, oder diesen Vorgang auch nur in irgend einer Weise begünstigen oder gutheißen, oder ihm nicht entgegenzutreten, so geben sie die deutschösterreichischen Gebiete der Sudetenländer auf, liefern deutschösterreichische Staatsbürger einem fremden Staate aus und verletzen die Gesetze der deutschösterreichischen Nationalversammlung. Die Tschechen verlangen die Anmeldung der deutschösterreichischen Offiziere doch gewiß nicht zu dem Zwecke, um für diese Offiziere die Pensionen zu bezahlen, sondern in der offenkundigen Absicht, einen neuen Rechtsstitel für ihre Ansprüche auf die deutschen Gebiete zu erlangen. Und in der Tat könnten die Tschechen auf der Friedenskonferenz ein wirksameres Argument vorbringen als das, daß die deutschböhmischen Offiziere sich scharenweise bei ihnen für die tschecho-slowakische Wehrmacht melden, und daß die deutschösterreichische Regierung diesem Schauspiel ruhig und wohlgefällig zusieht. Dem gegenüber müßten alle Proteste des Amtes für Heereswesen über das gewalttätige Vorgehen der Tschechen in den besetzten Gebieten an Wert verlieren, und selbst die feierlichen Beschlüsse der Nationalversammlung müßten als leere Worte ohne jeden Gehalt und ohne Würde erscheinen.

Im übrigen gebe die Anmeldung zur tschecho-slowakischen Armee keine Gewähr, daß die Gemeldeten tatsächlich übernommen werden und ihre Pensionsansprüche vom tschecho-slowakischen Staate befriedigt werden. Die Rundmachung der tschecho-slowakischen Regierung enthält diesbezüglich keinerlei Versprechen.

Die Anfragesteller fragen die Gesamtregierung, ob sie geneigt ist, die Stellung der in Betracht kommenden Offiziere einwandfrei zu klären und ihrerseits die diesbezüglichen Weisungen zu erlassen, und ob sich die Regierung dessen bewußt ist, daß jede zaghafte, auf finanzielle Momente ängstlich Rücksicht nehmende Stellungnahme eine Preisgabe deutschösterreichischer Staatsgebietes und deutschösterreichischer Staatsbürger bedeute.